

## VON TAG ZU TAG

### Sorry, das muss ich wohl überhört haben!

Von Gabi Schnetter

Sag mal, hast du mich wirklich nicht rufen hören? Hm, je älter man wird, umso unzuverlässiger werden so manche Sinne. Nicht nur, dass verschiedene Brillen vonnöten sind, um entweder in die Ferne zu schauen oder am Computer zu arbeiten, auch das Gehör lässt offensichtlich nach.

Und nun redet man mir auch noch mit der bundesweiten Initiative Hörgesundheit 2022 ins Gewissen. Jeder Dritte ab 50 und jeder Zweite ab 70 Jahren habe eine Hörmindering, heißt es in dem Schreiben. Hm, dann falle ich also in die Kategorie zweieinhalb.

Nachdenklich geworden lese ich weiter. Beschwerden sich andere, dass ihr Fernseher zu laut eingestellt sei? Heißt es hier. Fällt es Ihnen schwer, Gesprächen am Telefon oder bei Videoanrufen zu folgen? Oder: Fällt es Ihnen schwer, sich in Restaurants, Cafés oder Kneipen zu unterhalten?

Also, jetzt reicht's. Nein, ich bin ein kontaktfreudiger Mensch. Mir fällt es nicht schwer, ein Gespräch zu führen und ich unterhalte mich auch gerne. Egal ob das im Restaurant, im Café oder in der Kneipe ist. Und so ganz nebenbei: manche Dinge einfach nicht zu hören, kann auch toll sein. Den Satz: Sorry, das muss ich wohl überhört haben, muss man schließlich jedem Zweieinhalbten über 60 zugestehen!

### Karstadt: Klarheit erst im neuen Jahr

**BAYREUTH/ESSEN.** Was mit dem Bayreuther und allen anderen Standorten des Warenhauskonzerns Galeria Karstadt Kaufhof im laufenden Schutzschirmverfahren passiert, dürfte sich nach dem Weihnachtsgeschäft entscheiden. Das teilte Arndt Geiwitz mit, der in dem Insolvenzverfahren als Generalbevollmächtigter dem Management zur Seite gestellt wurde.

Wie berichtet, will Galeria Karstadt Kaufhof die Zahl seiner Standorte von derzeit noch 131 um rund 40 verringern. „Es geht um eine ökonomisch sinnvolle wie tragfähige Perspektive für das Konzept Warenhaus in Deutschland. Das Ziel aller Maßnahmen muss es sein, unter veränderten Bedingungen eine aus sich heraus lebensfähige Struktur zu schaffen“, wird Geiwitz zitiert. Dies sei verbunden mit der Zusage weiterer sehr hoher Investitionen durch den Eigentümer, die österreichische Signa-Holding.

In den vergangenen Tagen hätten Management, Generalbevollmächtigter und Sachwalter mit Lieferanten und Dienstleistern Gespräche geführt und den Regelbetrieb gesichert. „Die Warenversorgung funktionieren Services funktionieren. Auch die Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft einschließlich aller Aktionen sind abgeschlossen“, sagt Galeria-Chef Miguel Müllenbach. „Wir hoffen, dass die Kundinnen und Kunden gerade in dieser Situation ein klares Zeichen setzen, dass sie ihr Warenhaus in ihrer Stadt wertschätzen.“

Von den Vermietern fordert Galeria Entgegenkommen. Auch davon hänge es ab, welche Häuser erhalten werden könnten, so Geiwitz. Mit Interessenten für Standorte werde es zeitnah Gespräche geben – erst, wie sie sich ein Engagement grundsätzlich vorstellen. „Seriose Interessenten können nach Einblick in die Daten konkrete Angebote abgeben“, so Geiwitz. Aktuell gebe es diese nachvollziehbarerweise noch nicht. Wie berichtet, hat Markus Schön, Chef des Online-Händlers buero.de, unter anderem Interesse an Bayreuth. sts

#### LESERSERVICE

**Abonnementsservice:** Tel.: 0921 294-294, Fax: -194, E-Mail: kundenservice@kurier.de  
**Anzeigenservice:** Tel.: 0921 294-394, Fax: -397, E-Mail: anzeigen@kurier.de  
**Stadtredaktion:** Tel.: 0921 294-163, Fax: -180, E-Mail: stadtredaktion@kurier.de  
**Regionalredaktion:** Tel.: 0921 294-177, Fax: -160; E-Mail: regionalredaktion@kurier.de  
**Leserbriefe:** Tel.: 0921 294-165, Fax: -160, E-Mail: leserbriefe@kurier.de  
**Self-Service-Bereich:** www.kurier.de/service  
**Zeitung nicht erhalten?** www.kurier.de/digitale-zustellung



Der Klettersport in der Stadt bekommt mehr Raum. Die Bayreuther Sektion des Deutschen Alpenvereins baut ihr Kletterzentrum an der Schwabenstraße aus. Foto: DAV

## Alpenverein stellt Weichen für Klettersport

Die Kletteranlage an der Schwabenstraße wird für 450 000 Euro ausgebaut. Seit Jahren bremsen lange Wartezeiten die Jugendarbeit aus. Bessere Bedingungen soll auch der Leistungskader bekommen.

Von Udo Bartsch

**BAYREUTH.** Nach einer Stunde außerordentlicher Versammlung applaudieren rund 100 begeisterte Mitglieder. Sie hatten kurz zuvor dafür gestimmt, das Kletterzentrum an der Schwabenstraße zu erweitern. Katharina Schomann, die Vorsitzende der Bayreuther DAV-Sektion, muss angesichts des Applauses erst mal schlucken. Nach langen Jahren des Überlegens und Planens ist die Entscheidung endlich da: Die Sektion wird ihr Kletterzentrum ausbauen und dafür 450 000 Euro ausgeben.

Schon in den nächsten Tagen kann es losgehen. Im Juni 2023 soll alles fertig sein. So jedenfalls der Plan. „Wir können jede Hand gebrauchen“, forderte Katharina Schomann die meist jungen Leute am Ende der Versammlung zu Eigenleistungen auf.

Für die Erweiterung gibt es gute Gründe. Wer klettern möchte, der merkt schnell, dass das Kletterzentrum in der bisherigen Größe seine Kapazitätsgrenze erreicht hat. Und das schon seit längerer Zeit. Täglich tummeln sich bis zu 140 Klettersportler in der Halle, wie Ulrich Albinus, Geschäftsführer der Sektion, dem Kurier erläuterte. An Wettkampftagen sollen es sogar bis zu 180 Personen sein.

Klettern hat sich zum Breitensport entwickelt. Dem will der Verein gerecht werden. Denn: Kinder und Jugendliche müssen derzeit drei Jahre auf einen Kurs warten, wenn sie klettern lernen wollen. Die Wartezeit soll verkürzt werden, indem eine weitere Jugendgruppe gebildet wird. Die Jugendarbeit sei doch Vereinszweck, so die Vorsitzende Schomann. Dafür wolle sie sich besonders einsetzen.

Ziel ist es zudem, die Attraktivität der ganzen Kletteranlage zu steigern. Und dann gibt es auch wirtschaftliche Erwägungen, die dazu führen, zu bauen. Denn weil die bestehende Anlage bei Wettbewerben für zahlende Gäste gesperrt werden muss, entgehen dem Verein regelmäßig Tageseinnahmen.

Für die Sektion geht es aber um noch mehr. Eine Weichenstellung für den Leistungssport steht an. So soll der Leistungskader die entsprechenden Bedingungen für sein Training bekommen. Und schließlich gelte es auch, dem Kletterzentrum den Status als Talentsichtungszentrum zu bewahren, so Geschäftsführer Albinus.

Wie er sagt, beteiligen sich Klettersportler aus Bayreuth regelmäßig und auch erfolgreich an Wettbewerben auf Landes- und Bundesebene. Mit Lena Herrmann, die den Bayreuther Leistungskader leitet, habe man eine auch auf internationaler Ebene erfahrene Kletterin in den eigenen Reihen.

Das bisherige Kletterzentrum – untergebracht in einer Tennishalle erstreckt sich über die Fläche eines Platzes. Nun soll auch der angrenzende Nebenplatz der Doppelhal-

le fürs Klettern umgestaltet werden. Neben einer U-förmigen Boulderwand mit 38 Meter Länge und 4,50 Meter Höhe entstehen neben Sanitäräumen, Küchenzeile und Theke auch zwei schon lange geforderte Seminarräume mit unterschiedlicher Größe.

Während der Bauzeit bleibt das Kletterzentrum geöffnet. Die Kletteranlage ging im Februar 2013 in Betrieb. Damals investierte der Verein knapp 500 000 Euro. Mit 600 Quadratmetern Kletterfläche und 300 Routen in neun Schwierigkeitsstufen ist die Anlage eine der größten Kletter- und Boulderhallen in Nordbayern. Der TC Grün-Weiß hatte dafür damals eine Tennishalle gepachtet. Der Pachtvertrag wird nun verlängert.

Wie es am Mittwochabend hieß, ist die bestehende Kletteranlage abfinanziert. Für die neue erhält die Sektion Beihilfen vom DAV-Dachverband und nimmt Darlehen in Anspruch. Zuschüsse von der Stadt gibt es angeblich nicht.

Unter den Bayreuther Vereinen hat der Alpenverein mit inzwischen fast 5500 die meisten Mitglieder.

## Kein Geld für mehr Jugendsozialarbeit

Drei Schulen hatten Anträge gestellt, drei Schulen bekommen keine zusätzlichen oder überhaupt mehr Stunden zugestanden.

Von Eric Waha

**BAYREUTH.** Das Gutachten des Jugendausschusses im Juni war eindeutig. Die Luitpoldschule soll mehr Stunden der Jugendsozialarbeit bekommen, die Alexander-von-Humboldt-Realschule (R 1) sowie die Städtische Wirtschaftsschule sollte jeweils überhaupt eine Stelle für das Themenfeld bekommen. Jedoch: Jetzt kommt weder die Aufstockung noch der Aufbau der Stellen. Das ist nach Informationen unserer Zeitung vom Stadtrat so mitgetragen worden.

Trotz der Tatsache, dass die Probleme, die von den Schulleitern Heike Gürtler (R 1), Daniela Dietel (Luitpoldschule) und Jürgen Meier (Wirtschaftsschule) zum Teil mit drastischen Worten in Anträgen beschrieben worden sind, nicht vom Tisch sind. Es geht um Mobbing, um Sprachbarrieren, Aggressionen, Depressionen, Rassismus, psychische Auffälligkeiten bei den Schülern.

Die Sozialreferentin der Stadt, Manuela Brozat, bestätigt auf Anfrage die Informationen unserer Zeitung: Weder die Aufstockung der Stelle an der Luitpoldschule noch der Ausbau weiterer Stellen sei vom Stadtrat

mitgetragen worden, sagt sie. „Der Stadtrat ist der Ausweitung der Jugendarbeit an Schulen auf weiterführende Schulen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gefolgt. Die Stellen können angesichts der derzeitigen Haushaltssituation nicht finanziert werden.“ Jedoch, sagt Brozat, dass eine „Förderung der Stellen“ weiterhin „bei der Regierung von Oberfranken beantragt werden“ könne. „Die derzeitige Verdreifachung der Förderung läuft allerdings zum 31. Juli 2023 aus. Danach wird es vermutlich wieder nur eine Förderung in Höhe von 16 300 Euro pro Jahr und Vollzeitstelle geben“, was „weniger als ein Drittel der Personalkosten“ bedeute.

An den Schulen, die den Hilferuf gesendet hatten, wird diese Entscheidung, die man den Schulen „in einem Dreizeiler“ mitgeteilt hatte, wie es auf Kurier-Anfrage heißt, als „sehr, sehr, sehr schade“ eingestuft, wie es etwa Heike Gürtler sagt. Zumal ihre Schule „das schon 2018 einmal angestoßen hatte – damals mit wenig Resonanz. Obwohl wir meinen, dass das eine sehr sinnvolle Einrichtung wäre.“ Damals habe man bereits den Hinweis erhalten, dass sich die Schule „stigmatisieren würde“, würde man einen Ju-

gendsozialarbeiter dort beschäftigen, „was ich für sehr bedauerlich halte“, wie Gürtler sagt. Durch die Pandemiezeit jedoch seien die Probleme, die es bereits 2018 gab, nicht weniger geworden. Im Gegenteil. „Psychisch auffällige Schüler, die Diskrepanzen mit den Eltern haben, Kinder, die völlig unerzogen sind, die keine Werte mehr vermittelt bekommen“ – alles Probleme, teilweise Einzelfälle, die zulasten der Klassengemeinschaften gehen. Und die längst nicht mehr über den Sozialpädagogen abgedeckt werden könnten, den sich die R 1 mit der R 2 teile – „und der nur Gruppenprozesse anstoßen, aber nicht mit einzelnen Schülern arbeiten kann“. Ähnlich gelagert die Probleme an der Luitpoldschule, der mit 230 Kindern größten Grundschule „und über 50 Prozent Migrationsanteil allein im Haupthaus“, wie Daniela Dietel am Donnerstag sagt. Am Montag, Mittwoch und jeden zweiten Freitag hat die Schule einen Jugendsozialarbeiter – der eigentlich täglich da sein müsste, um all die Probleme lösen zu helfen, die „dann halt wieder zusätzlich zu unserer Arbeit mit der Klasse gelöst werden müssen: Man kann kein Kind für ein Gespräch aus der Klasse schicken“, sagt Dietel. Man fühle sich mit der Entscheidung – nach den eigentlich positiven Signalen im Juni – „vor den Kopf gestossen“, sagt Dietel.

„Sehr ernüchternd“ sei es, erkennen zu müssen, „dass man sehr viel Bürokratiearbeit für die Beantragung“ umsonst gemacht habe, sagt Jürgen Meier. Die Nachwehen von Corona seien nicht weg, „man bräuchte geschultes Personal“, um den Schülern Hilfe geben zu können. Das betreffe seine Schule, „aber andere Schulen auch“, die eine solche Unterstützung durch Jugendsozialarbeiter nötig hätten, wobei Meier einräumt: „Eine Stelle zu schaffen, ist die eine Seite – das Personal dafür zu finden die andere. Das ist aktuell gar nicht so leicht.“

Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (CSU) relativiert im Telefonat am Donnerstag ein wenig: Der Ofen sei „ja noch nicht endgültig aus“, was das Thema angehe. Man habe ja auch „eine Reihe von Sozialarbeitern“. Aber: „Das Problem ist, dass jede neue Stelle Geld kostet. Und für diese Stelle bekommen wir nur für kurze Zeit Zuschüsse, danach geht sie zu 100 Prozent zulasten der Kommune.“ Das sei gerade mit Blick auf den kommenden Haushalt schwierig: „Wir brauchen einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt“ – über den die Stellen laufen. Und: Grundsätzlich sei man der Ansicht, dass „Unterricht und Betreuung normalerweise eine Aufgabe des Freistaats sind. Der Kultusminister müsste hier die Schwerpunkte anders setzen“, sagt Ebersberger.